

PRESSEMITTEILUNG

Kommunal Finanzen in Niedersachsen: Noch stabil trotz Corona-Krise

Die Städte, Gemeinden und Kreise in Niedersachsen mussten in der Corona-Krise einen starken Steuereinbruch hinnehmen. Auch die hohen Finanzhilfen von Bund und Land konnten 2020 ein Defizit nicht verhindern. Die Investitionen verharren im Mittelmaß, die Hartz-IV-Ausgaben sind hoch.

Gütersloh, 06. Juli 2021. Die Corona-Pandemie und die sich anschließende Rezession haben die niedersächsischen Kommunen im Jahr 2020 finanziell belastet. So brach die Gewerbesteuer ein und entstanden hohe Mehrkosten in der Pandemie-Bekämpfung. Das berichtet der Kommunale Finanzreport 2021 der Bertelsmann Stiftung. Durch ein historisches Hilfspaket von Bund und Land konnten flächendeckende Haushaltsnöte abgewendet werden. Positiv ist der starke Abbau der Kassenkredite vor der Corona-Krise.

Rückgang der Gewerbesteuer um 400 Millionen Euro

Die Krisen trafen die Kommunen bei den Einnahmen und Ausgaben. Der größte Effekt war der Rückgang der konjunktursensiblen Gewerbesteuer. Auch bei der Einkommensteuer und den kommunalen Gebühren traten Verluste von 400 Millionen Euro auf. Der Rückgang der Gewerbesteuer verlief zwischen den Städten je nach Wirtschaftsstruktur sehr unterschiedlich. Trotz einiger positiver „Ausreißer“ sind die niedersächsischen Kommunen im Durchschnitt steuerschwach. In Hessen liegen die Einnahmen je Einwohner mehr als die Hälfte höher.

Bei Investitionen nur im Mittelfeld

Die niedersächsischen Kommunen liegen bei den Investitionen weiterhin unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. An der Spitze rangieren die süddeutschen Kommunen mit rund der Hälfte höherer Investitionen je Einwohner. Durch die Stabilisierung der Haushalte konnten die Kommunen ihre Pläne im Jahr 2020 relativ unbeschadet umsetzen. Von 2015 zu 2020 steigerten die niedersächsischen Kommunen ihre Investitionen von 2,7 Milliarden Euro auf 4,5 Milliarden Euro. „Investitionen in die Infrastruktur heute sind die Wirtschaftskraft von Morgen. Land und Kommunen müssen das Niveau zumindest halten“, so Kirsten Witte, Kommunal-Expertin der Bertelsmann Stiftung.

Hartz-IV-Ausgaben stabil

Trotz des wirtschaftlichen Rückgangs im vergangenen Jahr blieben die kommunalen Ausgaben für Hartz-IV stabil. Im Durchschnitt liegen die niedersächsischen Kommunen hier seit jeher leicht über dem Bundesniveau. Je Einwohner ist die Belastung doppelt so hoch wie in Bayern und sogar höher als im Nachbarland Brandenburg. Die Spannweite zwischen den 45 Kreisen und kreisfreien Städten ist jedoch groß. Sehr geringe Ausgaben tragen zum Beispiel die Kreise Emsland, Rotenburg oder Osnabrück. Zur Gruppe der bundesweit höchst belasteten Kommunen gehören Städte wie Wilhelmshaven, Delmenhorst und Salzgitter. Die Belastung der Stadt Wilhelmshaven ist je Einwohner fünf Mal höher als jene des Kreises Osnabrück.

Kein Anstieg der Kassenkredite

Die Kassenkredite, quasi der Dispo-Kredit der Kommunen, gelten als zentraler Krisenindikator. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen, mit niedrigen Investitionen und allgemein geringen Handlungsspielräumen für die Lokalpolitik. Niedersachsen fiel lange Zeit durch sehr hohe Werte auf. Im Zuge der guten Konjunktur und von Schuldenhilfen des Landes wurden die Kassenkredite in der vergangenen Dekade um zwei Drittel auf noch 1,4 Milliarden Euro abgebaut. Trotz Corona-Krise war kein erneuter Anstieg zu verzeichnen. Problematische Kreditbestände lagen zum Beispiel in Salzgitter mit 190 Millionen Euro vor.

Bund-Länder-Hilfsprogramm sichert Haushalte

Um die Kommunen in der Krise finanziell handlungsfähig zu halten, reagierten Bund und Land im Frühjahr 2020 mit einem beispiellosen Hilfsprogramm. Finanziert wurde es größtenteils durch die Aussetzung der Schuldenbremse.

Die fiskalisch bedeutsamste Maßnahme war die Erstattung der Ausfälle der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 durch Bund und Land. Auf die niedersächsischen Kommunen entfielen dabei 800 Millionen Euro. Da die Rezession milder verlief als geschätzt, stand den Kommunen einschließlich der Erstattungen sogar ein höheres Steueraufkommen zur Verfügung als im Vorjahr. Hinzu kam, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage zur Beteiligung der westdeutschen Kommunen an den Kosten des „Solidarpakts Ost“ 2020 auslief. „Die niedersächsischen Gemeinden haben 400 Millionen Euro mehr an Erstattung für die Gewerbesteuer erhalten, als sie letztlich verloren“, erklärt René Geißler, Professor für öffentliche Wirtschaft der Technischen Hochschule Wildau und Mitautor der Studie.

Im Jahr 2020 hat der Bund seinen Kostenanteil an den kommunalen Hartz-IV-Kosten (Kosten der Unterkunft – KdU) in allen Ländern um 25 Prozentpunkte auf bis zu 74 Prozent der bundesweiten KdU-Ausgaben erhöht. Für Niedersachsen bedeutete das im vergangenen Jahr rund 330 Millionen Euro. Diese Hilfen erreichen überwiegend Städte mit höheren Soziallasten. So erhält zum Beispiel die Städte Wilhelmshaven und Delmenhorst je 7 Millionen Euro jährlich. „Das ist für die strukturschwachen Städte ein echter Befreiungsschlag, der neue Spielräume schafft“, so Geißler weiter.

Haushaltsprobleme absehbar

Das Jahr 2020 haben die Kommunen durch Finanzhilfen von Bund und Land finanziell unbeschadet überstanden. Positiv ist, dass das Land den kommunalen Finanzausgleich zumindest 2021 unterstützt. Dennoch wird der Haushaltsdruck zunehmen, da die Ausgaben weiter steigen und die Steuern den Vor-Krisen-Trend erst mittelfristig wieder erreichen. „Niedersachsen steht vor dem Risiko, in einigen Kommunen die Erfolge der vergangenen Dekade wieder zu verlieren“, prognostiziert Witte.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren für die Kommunen der Flächenländer aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet.

www.kommunaler-finanzreport.de

Unsere Ansprechpartner:innen: Dr. Kirsten Witte, Telefon: 05241 8181030
E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142
E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de